

Zu TOP „Landtagswahl NRW...“

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2027

Der Ausschuss Chancengerechtigkeit und Integration arbeitet grundsätzlich auf kommunalpolitischer Ebene. Dennoch hat er natürlich auch die Möglichkeit zu den Landtagswahlen seine Vorstellungen und Wünsche gegenüber den Kandidatinnen und Kandidaten zu äußern.

Untenstehend finden sich Beispiele für Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten zu den Landtagswahlen NRW im April 2027.

Es gibt die Möglichkeit als Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration die Kandidierenden

- anzusprechen und um Antwort zu bitten
- eigene Wahlgespräche zu veranstalten, die Parteien dazu einzuladen und durch eine Moderation diese Fragen stellen zu lassen
- auf Wahlveranstaltungen als ACI einzelne Fragen an die Kandidierenden zu richten
- etc.

Wahlprüfsteine

1. Ein Paradigmenwechsel ist dringend erforderlich

Ministerpräsident Wüst hat anlässlich eines Türkeibesuchs zum 65jährigen Tag des Anwerbeabkommens mit der Türkei davon gesprochen, dass man zugewanderte Menschen viel zu lange mit Defiziten und gesellschaftlichen Herausforderungen in Verbindung und nicht als Chance für das Land gesehen habe. „Viele gut ausgebildete junge Leute, die beide Kulturen kennen, oft beide Sprachen als Muttersprache beherrschen – wenn das keine Chance ist?“

- *Sind Sie ebenfalls der Meinung, dass viel zu lange und viel zu laut über Migration und Menschen mit internationaler Familiengeschichte als Problem für die Gesellschaft gesprochen und geschrieben wurde?*
- *Halten Sie einen Paradigmenwechsel in der Erzählung über Migration für NRW für erforderlich?*
- *Können Sie sich vorstellen, wie die Menschen mit internationaler Familiengeschichte diese ständig defizitären Diskussionen über sie erleben?*

Menschen mit internationaler Familiengeschichte werden auch in der 2. und 3. Generation immer wieder mit der Forderung nach Anpassung und Loyalitätsbekenntnissen zu Deutschland konfrontiert.

- *Können Sie nachvollziehen, dass diese Forderungen als ausgrenzend empfunden werden?*
- *Sehen Sie die Notwendigkeit das landespolitische Handeln danach auszurichten das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen mit internationaler Familiengeschichte zu stärken und*
 - *die Potentiale der Menschen mit internationaler Familiengeschichte als dringend zu nutzende Chance in den Vordergrund zu stellen*
 - *die Herkunftsidentität der Menschen mit internationaler Familiengeschichte als nicht abstreifbaren Teil ihrer Persönlichkeit anzuerkennen und gleichzeitig ihre Loyalität gegenüber NRW voraussetzen*
 - *Chancengerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe als*

2. Politische Teilhabe: Mitreden, mitgestalten, mitentscheiden!

Politische Repräsentanz von Menschen mit internationaler Familiengeschichte

Im Jahr 2022 waren in den Landtag NRW insgesamt 195 Abgeordnete gewählt worden. Lt. einer Recherche des Mediendienstes Integration hatten davon 8,7% (das sind 17 Abgeordnete) einen sogenannten Migrationshintergrund (Quelle). Zum gleichen Zeitpunkt hatten 31,7 % der Bevölkerung in NRW einen Migrationshintergrund.

- *Können Sie nachvollziehen, dass bei der politischen Repräsentanz ein demokratietheoretisches Problem besteht da die Zusammensetzung der Parlamente die Bevölkerungszusammensetzung abbilden sollte?*
- *Was werden Sie unternehmen, um den Anteil von Menschen mit internationaler Familiengeschichte in Ihrer Partei zu erhöhen und diese Menschen bei Kandidaturen für politische Mandate berücksichtigt werden?*
- *Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, damit in Ihrer Partei die Interessen der Menschen mit internationaler Familiengeschichte regelmäßig gehört und stärker berücksichtigt werden?*

Politische Mitbestimmung von Menschen mit internationaler Familiengeschichte auf Kommunal- und Landesebene

Um auf kommunaler Ebene die politische Mitbestimmung von Menschen mit internationaler Familiengeschichte zu verbessern, gibt es gemäß § 27 GO NW Ausschüsse für Chancengerechtigkeit und Integration. Der Landesintegrationsrat NRW vertritt als Dachverband 114 dieser kommunalen Ausschüsse. Die Ausschüsse werden in den Kommunen sehr unterschiedlich durch die Verwaltung begleitet und auch die Umsetzung des § 27 GO NW differiert von Kommune zu Kommune.

- *Welche konkreten Maßnahmen können Sie sich vorstellen, um die Ausschüsse für Chancengerechtigkeit und Integration in NRW zu stärken?*
- *Welche konkreten Maßnahmen können Sie sich vorstellen, um den Dachverband Landesintegrationsrat bei der Begleitung der kommunalen ACI's sowie deren Vertretung auf Landesebene zu stärken?*

Etablierung von Kreisausschüssen für Chancengerechtigkeit und Integration

NRW gliedert sich in 22 kreisfreie Städte und 31 Kreise. Behörden und Dienststellen wie das Ausländeramt, das Kommunale Integrationszentrum, Sozialamt, Amt für Gesundheit und Senioren etc. pp sind teilweise auf Kreisebene organisiert.

- *Werden Sie sich für die Einführung von Kreisausschüssen ACI einsetzen?*

Kommunales Wahlrecht für langfristig hier aufhältige Nicht -EU-Bürger*innen

Mehr als eine Million erwachsene Einwohner von Nordrhein-Westfalen haben kein Kommunalwahlrecht. Die meisten von ihnen leben schon seit vielen Jahren oder gar Jahrzehnten in Deutschland. Während Bürger von EU-Staaten das kommunale Wahlrecht in Deutschland haben, sind Bürger anderer Staaten wie z.B. der Türkei von der politischen Teilhabe in ihrer Gemeinde vollkommen ausgeschlossen.

- *Wie stehen Sie zum kommunalen Wahlrecht und zum Landtagswahlrecht für alle langfristig hier lebenden Menschen (4-5 Jahre) unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit? Würden Sie einer entsprechenden Änderung der Verfassung des Landes NRW zustimmen?*

3. Dem Namen gerecht werden: Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW!

Das Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW ist die gesetzliche Grundlage für das Zusammenleben in Vielfalt in Nordrhein-Westfalen. Als erstes Flächenland, das ein solches Gesetz verabschiedete, baute NRW 2012 damit seine Vorreiterrolle beim Thema Migration aus. Obwohl der weit überwiegende Teil der Menschen mit internationaler Familiengeschichte teilweise seit Generationen hier lebt, liegt der Fokus des Gesetzes im Wesentlichen auf den Erfordernissen der Integration von Neueingewanderten statt auf Teilhabe und Chancengerechtigkeit.

- *Wie stehen Sie dazu im ersten Teil des Gesetzes (der die normative Grundlage für die Integrationspolitik des Landes formuliert) den Grundsatz der Akzeptanz und Wertschätzung der Herkunftsidentitäten dieser Menschen zu verankern und die Tatsache anzuerkennen, dass ihre Identitäten*

auf vielfältige Weise auch durch das Herkunftsland geprägt sind und dies zu einer lebendigen, kreativen Vielfalt in NRW beiträgt?

- *Wie stehen Sie zu einem gesetzlich verankerten Verbot von Diskriminierung aufgrund von ethnischer Herkunft, Sprache, Glauben etc. in § 7 des Gesetzes (analog zum Diskriminierungsverbot aufgrund einer Behinderung (vgl. Behindertengleichstellungsgesetz NRW § 2)?*

4. Bildungserfolge verbessern: Bi-kulturelle Identität und natürliche Mehrsprachigkeit

Chancengerechtigkeit im Bildungssystem stellt die Grundlage für Bildungserfolge unabhängig von der Herkunft eines Menschen dar. Nach wie vor beeinflussen allerdings ein selektives Schulsystem, sowie die „soziale Herkunft“ und die „ethnische Zugehörigkeit“ negativ den Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern. Kinder mit internationaler Familiengeschichte sind besonders häufig von Mobbing, Diskriminierung, rassistischen Zuschreibungen und kulturellen oder religiösen Vorurteilen betroffen. Insbesondere wirkt sich die Abwertung bestimmter Herkunftssprachen negativ auf deren Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsweg aus. Eine tiefgehende und umfassende Sprachkompetenz in der Herkunftssprache bildet allerdings die Grundlage zum Erlernen des Deutschen – und weiterer Sprachen.

- *Wie stehen Sie dazu die Förderung der Herkunftssprachen künftig offensiv von der Landesregierung bewerben zu lassen und den Ausbau von bilingualen Betreuungsangeboten zu ermöglichen?*
- *Sind Sie dafür, die meistgesprochenen Familiensprachen von Schülerinnen und Schülern mit internationaler Familiengeschichte als prüfungsrelevantes Fach in die Stundentafel und als zweite Fremdsprache im Abitur aufzunehmen?*
- *Können Sie sich vorstellen sich dafür einzusetzen die meistgesprochenen nichtdeutschen Sprachen als eigene Unterrichtsfächer bzw. als zweite Fremdsprache an den berufsbildenden Schulen einzuführen?*
- *Wie stehen Sie zur Einführung des Konzeptes Interkulturelle Schule?*

5. Vielfalt schätzen – Rassismus ächten

Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus setzen zuerst bei staatlichen Strukturen selbst an. Erst wenn anerkannt wird, dass institutioneller Rassismus und Diskriminierung auf Basis von ethnischen oder religiösen Merkmalen ein grundlegendes Problem unserer Behörden sind, kann wirksam gegen diese Phänomene vorgegangen werden. Der Abschlussbericht der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen bei der Polizei NRW“ von August 2021 kann deshalb nur als ungenügend angesehen werden, da er weder Rassismus als strukturelles Problem benennt noch auf mögliche Opfer rechtsextremer Polizist/innen eingeht.

Gerade aber der Polizei und ihren Mitarbeitenden kommt eine essentiell wichtige Rolle zu, Gleichbehandlung sicher zu stellen und diskriminierungsfrei zu agieren, da sie in ganz besonderer Weise das Vertrauen aller Menschen

- *Stimmen Sie der Aussage zu, dass institutioneller Rassismus ein grundsätzliches und damit gefährliches Problem in Behörden und staatlichen Einrichtungen darstellt? Befürworten Sie eine unabhängige wissenschaftliche Untersuchung zu Ursache und Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungen in staatlichen Einrichtungen?*
- *Mit welchen Maßnahmen möchte Ihre Partei Rassismus in der Polizei und anderen Behörden bekämpfen?*

6. Vielfalt Verwaltung: Ein Spiegelbild der Gesellschaft

Beamte und Angestellte der Verwaltung und öffentlichen Einrichtungen sind aufgrund der Art ihrer Tätigkeit in besonderem Maße in der Öffentlichkeit präsent und kommen auf vielfältige Weise mit der Bevölkerung in Kontakt. Die migrationsgesellschaftliche / interkulturelle Öffnung der Verwaltung und öffentlicher Einrichtungen stellt eine wichtige Säule einer zukunftsfähigen Einwanderungsgesellschaft dar. Verwaltungsmitarbeiter/innen mit internationaler Familiengeschichte bringen

migrationsgesellschaftliche / interkulturelle und mehrsprachige Kompetenzen mit, die im Umgang mit der vielfältigen Bevölkerung dringend benötigt werden und gezielt eingesetzt werden sollten.

- *Welchen konkreten Maßnahmen empfehlen Sie, um den Anteil der Beschäftigten mit internationaler Familiengeschichte im öffentlichen Dienst z.B. des Landes zu erhöhen?*
- *Wie kann sichergestellt werden, dass sich ihr Anteil in der Bevölkerung in allen Laufbahngruppen der Landes- und Kommunalverwaltung widerspiegelt?*
- *Wie können diskriminierende Praktiken in Behörden im Umgang mit Menschen mit internationaler Familiengeschichte abgebaut werden?*